

# DAS POLITISCHE FRANKREICH

Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur



Frank Baasner, Siegfried Frech,  
Dominik Grillmayer (Hg.)



WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG

# Das politische Frankreich

Gesellschaft, Wirtschaft,  
Politik & Kultur

Herausgegeben von  
Frank Baasner, Siegfried Frech und  
Dominik Grillmayer



# Das politische Frankreich

## Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur

Herausgegeben von  
Frank Baasner, Siegfried Frech und  
Dominik Grillmayer

LÄNDERWISSEN

---



**WOCHEN  
SCHAU  
VERLAG**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© WOCHENSCHAU Verlag,  
Dr. Kurt Debus GmbH  
Frankfurt/M. 2019

[www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden.

Titelgestaltung: Ohl Design  
Titelbild: © AAtw – stock.adobe.com  
Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag  
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier  
ISBN 978-3-7344-0767-3 (Buch)  
**E-Book** ISBN 978-3-7344-0768-0 (PDF)

# Inhalt

<b>Einführung</b>	9
Einführung: Frankreich	
Eine politische Länderkunde	
<i>Frank Baasner, Siegfried Frech, Dominik Grillmayer</i>	
<b>Geschichte</b>	29
Im Krisenmodus	
Eine andere Geschichte der V. Republik	
<i>Matthias Lemke</i>	
<b>Politisches System</b>	53
Das politische System Frankreichs	
Stabiles Regieren mit Exekutivdominanz	
<i>Joachim Schild</i>	
<b>Parteien</b>	73
Frankreichs Parteiensystem im Wandel	
<i>Christine Pütz</i>	
<b>Regieren</b>	89
Die Wahlen 2017 und Macrons erstes Amtsjahr	
<i>Dominik Grillmayer</i>	
<b>Integration</b>	105
Sechs Thesen zu Frankreichs Islamdebatte	
<i>Nino Galetti, Nele Katharina Wissmann</i>	

<b>Sozialstaat</b>	123
Das französische Sozialmodell vor alten und neuen Herausforderungen <i>Benjamin Schreiber</i>	
<b>Wirtschaft</b>	147
Frankreichs Wirtschaft <i>Eileen Keller</i>	
<b>Deutschland und Frankreich</b>	167
Die deutsch-französischen Beziehungen Eine neue Dynamik im deutsch-französischen Tandem? <i>Jonas Metzger, Thomas Freisinger</i>	
Zivilgesellschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich <i>Lisa Möller</i>	187
<b>Frankreichs Europapolitik</b>	205
Frankreich und die Europäische Union <i>Clémentine Roth</i>	
<b>Außenpolitik</b>	229
Frankreichs Weltpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit <i>Ronja Kempin</i>	
<b>Regionalismus</b>	247
Elsass-Ballade, Europa-Blues <i>Jo Berlien</i>	

<b>Medien und Kultur</b>	265
Frankreichs Presse- und Medienlandschaft <i>Nicolas Hubé</i>	
Frankreich erzählt (sich) Ein Land im Spiegel der Literatur <i>Wolfgang Asholt</i>	287
Abstracts	305
Autorinnen und Autoren	311







# Einführung: Frankreich

von Frank Baasner, Siegfried Frech,  
Dominik Grillmayer

## Eine politische Länderkunde

### Frankreich im Aufbruch?

Wer hätte Ende 2016 bzw. Anfang 2017 gedacht, dass Emmanuel Macron die französischen Präsidentschaftswahlen gewinnen würde (vgl. Grillmayer 2016)? Er setzte sich in der Stichwahl am 7. Mai 2017 mit 66 Prozent der Stimmen gegen die rechtspopulistische Konkurrentin Marine Le Pen durch. Die Rechtspopulistin hat im Wahlkampfduell mit Macron den Kürzeren gezogen. 21 Millionen Franzosen ga-

ben dem Kandidaten der Mitte bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von 48 Prozent ihre Stimme. Aber es votierten eben auch immerhin elf Millionen für Marine Le Pen.

Unmittelbar nach dem Wahlsieg stellten Analysten und Medien einhellig dieselbe Frage: Wird dem französischen Präsidenten der Neuanfang gelingen, den sein reformbedürftiges Land so dringend braucht? Die durch den Wahlsieg ausgelöste Euphorie, auch und gerade in Deutschland, lässt sich nur im Rückblick auf die jüngste politische und ökonomische Situation Frankreichs verstehen. Die Agenda, mit der sich Macron im Mai 2017 konfrontiert sah, war wirklich nicht einfach. Die vielen Reformbaustellen gleichen einer Herkulesaufgabe. Die in Macron gesetzten Erwartungen sind hoch.

Namhafte Frankreichkenner konstatierten ein Jahr vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des Jahres 2017 eine manifeste Wachstums-, Sozial- und politische Vertrauenskrise (vgl. Uterwedde 2016). Einschlägige Analysen sprachen von einer Identitätskrise ungekannten Ausmaßes, beschworen gar eine „französische Agonie“ (Michaela Wiegel). Ein „Mehltau“, der für jeden greifbar sei, habe das Land befallen (Ulrike Guérot). Obgleich die politische und ökonomische Verfasstheit des Landes von Frankreichkennern, von Journalisten und Publizisten als desolat charakterisiert wurde, muss an dieser Stelle die Frage erlaubt sein, inwieweit manche Expertisen Klischees bedienen und sich letztlich zu einem „Fantasiapark des Niedergangs“ – so Ullrich Fichtner im Wochenmagazin „Der Spiegel“ Anfang 2017 – verdichteten.

Gleichwohl offenbart ein nüchterner Blick auf Frankreich den krisenhaften Zustand, der sich vor dem Amtsantritt Macrons in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen zeigte. Die ökonomische Situation war seit der globalen Finanzkrise 2008/09 ernüchternd: Die Wirtschaft dümpelte jahrelang vor sich hin. Die Staatsverschuldung bewegt sich

auf einem hohen Niveau, Ratingagenturen haben das Land zwischenzeitlich herabgestuft. Die Arbeitslosenquote lag bei knapp zehn Prozent. Der Anteil unsicherer und prekärer Jobs ist hoch. Reformen waren also dringend geboten (vgl. den Beitrag von Eileen Keller in diesem Band). Größter Missstand ist die Jugendarbeitslosigkeit, die seit Anfang der 1980er Jahre vergleichsweise hoch ist und derzeit bei über 20 Prozent liegt (vgl. Peugny 2016). Frankreichs einst höchst gelobtes Sozialmodell zeigt merkbare Schwächen (vgl. den Beitrag von Benjamin Schreiber in diesem Band). Renommierete Wirtschaftsmagazine dekretierten noch vor einem Jahr selbstgerecht, Frankreich sei der „kranke Mann Europas“ und ein reformunwilliger Staat. Weniger um Sachlichkeit bemühte Tageszeitungen und Magazine – so „Bild“ und „Focus“ – bemühten anmaßend das Wortspiel „Krankreich“ und beschworen ein „neues Griechenland“.

Nicht von ungefähr überboten sich die Präsidentschaftskandidaten deshalb vor den Wahlen des Jahres 2017 an Reformeifer. Seit seinem Amtsantritt versucht Emmanuel Macron mit großer Entschlossenheit das nachzuholen, was seine Vorgänger versäumt haben. Nicolas Sarkozy und François Hollande haben ihren Ankündigungen wenig folgen lassen. Sie beschworen zwar die historische Größe Frankreichs, verloren aber dringliche Probleme der Gegenwart aus den Augen. Bezeichnete die Presse Sarkozy zu Beginn seiner Präsidentschaft (2007–2012) noch als „Hyperpräsident“, machten ihm die Auswirkungen der Finanzkrise 2008/2009 – d. h. sinkendes Wachstum, schrumpfende Kaufkraft, steigende Arbeitslosigkeit – einen Strich durch die Rechnung und stützten ihn zum „président normal“ zurecht (vgl. Liehr 2016: 150 ff.). Ebenso vermochte sein glückloser Nachfolger Hollande mit nur halbherzigen Reformen das Versprechen sozialer Gerechtigkeit nicht einzulösen. Kein französischer Präsident wurde so oft im Regen fotografiert; gleichsam eine Metapher für die Stimmung in Frankreich (vgl. Demesmay

2016: 13). Der Vertrauensverlust der französischen Bevölkerung zeigte sich in kontinuierlich absackenden Popularitätswerten Hollandes. Die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Bombardierung von IS-Stellungen als Reaktion auf die Terroranschläge im Jahr 2015 linderten sein Umfragetief nur kurzfristig.

Macron hat es innerhalb weniger Monate geschafft, was seine Vorgänger Sarkozy und Hollande jahrelang zu bewerkstelligen versuchten: Frankreich spielt wieder in der ersten Liga mit, nicht zuletzt als europäische Führungsmacht mit wachsendem Einfluss auf der internationalen Bühne (vgl. die Beiträge von Clémentine Roth und Ronja Kempin in diesem Band).

Seit seiner Wahl hat Macron trotz einiger Vetospieler (z. B. unter den französischen Gewerkschaften) bereits zahlreiche, zum Teil kontrovers diskutierte Reformen angestoßen. Die bisherigen Reformfortschritte sind beachtlich (vgl. Grillmayer/Keller/Seidendorf 2018). Die „Mutter aller Reformen“ ist die gleich im Sommer 2017 angegangene Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Kernelemente des Gesetzespakets, das im Herbst 2017 über den Weg der Präsidialverordnung (und damit im Eilverfahren) vom Parlament verabschiedet wurde, sind die teilweise Lockerung des Kündigungsschutzes, die Deckelung von Abfindungen bei Entlassung und eine Stärkung des sozialen Dialogs in den Unternehmen. Damit verbindet sich vor allem die Hoffnung, Arbeitgebern eine bessere Planbarkeit zu ermöglichen und sie von arbeitsrechtlichen Auflagen zu befreien, die Neueinstellungen erschwerten. Gleichzeitig wurden Unternehmen durch eine Reihe von Maßnahmen finanziell entlastet – mit dem Ziel, deren Investitionstätigkeit zu fördern.

Im Gegenzug zielen die seit dem Jahreswechsel in Angriff genommenen Reformen stärker auf eine bessere Absicherung der Arbeitnehmer und sollen u. a. das Versprechen des Präsidenten einlösen, dass Flexibilisierung und Schutz bei ihm

Hand in Hand gehen. Im Mittelpunkt stehen hier die Arbeitslosenversicherung und das französische Aus- und Fortbildungssystem.

Um die Startbedingungen möglichst aller junger Franzosen zu verbessern und damit mehr Chancengleichheit zu realisieren, setzen Macrons Reformen darüber hinaus auch beim Bildungssystem an. Im Februar 2018 hat Bildungsminister Blanquer Reformen auf den Weg gebracht, mit denen die Ausbildungswege an den weiterführenden französischen Schulen eine grundlegende Neuausrichtung erfahren und der Zugang zu den Universitäten neu geregelt wird.

In der Diskussion um die Zukunft Europas hat Macron im vergangenen Jahr in der sogenannten Sorbonne-Rede am 26. September 2017, überschrieben mit „Ein souveränes, geeintes und demokratisches Europa“, bemerkenswerte Vorschläge zur Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU) eingebracht (vgl. den Beitrag von Clémentine Roth in diesem Band). In dieser Rede skizzierte er tiefgreifende Reformen, u. a. in den Politikfeldern Finanzen und Wirtschaft, Sicherheit und Verteidigung, Digitalisierung sowie Migration, und plädierte für eine Stärkung des EU-Parlaments. In der Rede entwickelte Macron maßgeblich den Begriff einer europäischen Souveränität, die auf „verschiedene europäische Ziele der Einigung von Politiken gerichtet ist, von einer europäischen Sicherheitspolitik über eine europäische Staatsanwaltschaft bis hin zu einer Eurozone mit einer grundlegend restrukturierten Legitimität“ (Guérot 2018: 44). Im Grunde sprach er die seit Jahren vertagten Kernelemente für eine tatsächliche Wirtschafts- und Währungsunion an. Die programmatische Rede Macrons war eine konsequente Fortschreibung seines proeuropäischen Kurses im Wahlkampf. Für die Realisierung seiner europapolitischen Pläne setzte Macron von Anfang an auch auf die deutsch-französische Kooperation (vgl. den Beitrag von Jonas Metzger und Thomas Freisinger in diesem Band). Allerdings wurden die ehr-

geizigen Reformpläne des französischen Präsidenten in Deutschland monatelang mit demonstrativem, aber unverbindlichem Wohlwollen aufgenommen. Dies lag auch an der langwierigen Regierungsbildung in Deutschland, während der das Thema EU-Reform mehr oder weniger auf Eis lag. Ende April 2018 traten dann die traditionellen Konfliktlinien zwischen Deutschland und Frankreich wieder offen zutage: Dies betraf vor allem den von Macron vorgeschlagenen eigenen Haushalt der Eurozone sowie den von der EU-Kommission geforderten Europäischen Währungsfonds. In Berlin gibt es seit jeher Befürchtungen, dass letztlich mehr deutsches Geld in andere EU-Länder fließen könnte. Immer wieder wird die Gefahr einer Vergemeinschaftung der Schulden in Europa beschworen. Die im Juni 2018 begonnene Annäherung der Positionen Deutschlands und Frankreichs hat allerdings erste Ergebnisse auf europäischer Ebene gezeitigt. Einmal mehr hat sich erwiesen, dass die deutsch-französische Kooperation unverzichtbar ist, wenn Fortschritte in Europa erzielt werden sollen.

Macron glänzt auch auf der außenpolitischen Bühne und hat im ersten Jahr seiner Regierungszeit Frankreichs Rolle in der Weltpolitik mehr Nachdruck verliehen (vgl. den Beitrag von Ronja Kempin in diesem Band). Der selbstbewusste Umgang mit Donald Trump und Wladimir Putin – dem er vor versammelter Presse die Leviten las –, sein Staatsbesuch in China und die diplomatische Haltung im Syrienkonflikt brachten ihm den Titel „Europas neuer Chefdiplomat“ (Handelsblatt, 08.01.2018) ein; und letztlich zollte auch Frankreich dem internationalen Einsatz seines Präsidenten Respekt.

## Zu den Beiträgen im Einzelnen

Ausgewiesene Frankreichexperten und -expertinnen beleuchten in diesem Band wichtige Aspekte der historischen,

politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs: Welche Langzeitfaktoren prägen die politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen Frankreichs? Wie ist es um die Pfadabhängigkeit von Politik und Wirtschaft bestellt? Gibt es ein Spannungsverhältnis zwischen „Wandel und Beharrung“ (Henrik Uterwedde)? Wird es gelingen, das Land weiter zu modernisieren und den sozialen Ausgleich zu erneuern? Welche Rolle und Position wird Frankreich zukünftig in Europa und in der Welt einnehmen? Wie sieht Frankreichs Medien- und Literaturlandschaft aus?

Frankreich zählt zu den ältesten Nationen Europas (vgl. Hinrichs 2005; Schulze 1994: 172 ff.). Das Politikverständnis und die politische Kultur des Landes wurzeln wesentlich in der französischen Geschichte, die hinreichend Grund für nationale Erbauung und die französische „Idee der Größe“ gab – eine „verklärte, vergoldete Erzählung“ (Liehr 2016: 79). Die Durchsetzung der Republik verlief nach 1789 keineswegs geradlinig. Gerade das 19. und 20. Jahrhundert war durch widersprüchliche Entwicklungen, durch ein Wechselspiel von Restauration und Revolution, gekennzeichnet. Anstatt dem klassischen linearen Muster, die Geschichte wie an einem Faden oder Zeitstrahl verlaufend präsentiert, stehen im Beitrag von *Matthias Lemke* zeitgeschichtliche Wendepunkte und Zäsuren im Mittelpunkt. Er skizziert die Geschichte der V. Republik entlang ihrer Krisen, die der Republik ihren besonderen Charakter verliehen haben. Bereits die Gründung der V. Republik war von der Erfahrung politischer Instabilität im Institutionengefüge der Vorgängerrepublik geprägt. Die IV. Republik scheiterte auch an ihrer Unfähigkeit, die Konflikte in den Kolonien (Indochina, Nordafrika) zu lösen. Als im Mai 1958 die IV. Republik infolge ständig wechselnder Regierungen und des Algerienkonflikts auseinanderbrach, kehrte der 1946 als Ministerpräsident zurückgetretene Charles de Gaulle erneut an die Macht zurück. Mit der Verfassung der V. Republik erhielt er jene exekutiven



Vollmachten, die er zwölf Jahre zuvor gefordert hatte. Die beiden Gründungskrisen wurden von sogenannten Bestandskrisen abgelöst, die die V. Republik durchzogen und prägten: Das semipräsidentielle Regierungssystem – charakterisiert durch eine starke Exekutive und eine im Zaum gehaltene Legislative – wurde durch die Maiereignisse 1968 erstmals nachhaltig erschüttert. Ein kontinuierlich stabiler Rechtsextremismus, Kohabitations-Regierungen ab den 1980er Jahren, die Ausgrenzung sozioökonomisch marginalisierter Milieus sowie eskalierende Ungleichheitsverhältnisse sind weitere Bestandskrisen. Die jüngste Krise schließlich sind die islamistisch motivierten Attentate der Jahre 2015 und 2016, die zum Ausnahmezustand führten.

Frankreich ist das Paradebeispiel für ein semi-präsidentielles Regierungssystem (vgl. Furtak 2018: 138–176). Dass Frankreich ein solches System aufweist, erklärt sich aus der Geschichte der III. und IV. Republik (vgl. Martens 2005a, 2005b) und vor allem aus der Person Charles de Gaulles. Nach den fortwährenden Kabinettswechseln in den vorangegangenen Republiken sollte zum Zweck der Stabilität des politischen Systems die „Autorität des Staates“ einem starken Staatspräsidenten zustehen. Der französische Präsident ist traditionell einer der mächtigsten Regierungschefs der westlichen Welt. Das politische System der V. Republik ist durch die dominierende Rolle des Staatspräsidenten charakterisiert. Ein weiteres Kernmerkmal ist das eher schwache Parlament, das mit der Verfassung von 1958 „diszipliniert“ wurde. Dies hat in der Folge die Machtposition des Präsidenten enorm gestärkt. Ohne institutionelle oder starke politische Gegengewichte ist er mit umfangreichen Rechten ausgestattet und damit zentraler Akteur im französischen Institutionengefüge. Dennoch ist er auf die Zustimmung anderer Akteure (Parlament, Premierminister) angewiesen. Seit mehr als 60 Jahren ist Frankreich durch stabiles Regieren aufgrund seiner Verfassung und verlässlicher parlamentarischer Mehrheiten

geprägt. Trotz merklicher Unzufriedenheit mit der politischen Elite genießt die Demokratie als Regierungsform aufgrund eben dieser Stabilität breite Zustimmung innerhalb der französischen Bevölkerung. Nach der Erörterung der Institutionenordnung sowie zentraler Verfassungsgrundsätze, die die Befugnisse der politischen Akteure und das Zusammenspiel der Institutionen bestimmen, nimmt *Joachim Schild* die durch Neugründungen, Spaltungen und kurzlebige Bündnisse geprägte Parteienlandschaft Frankreichs in den Blick. Abschließend werden das französische Wahlrecht und Wahlsystem skizziert.

Lange waren Präsidentschaftswahlen in Frankreich Duelle zwischen Konservativen und Sozialisten. Das Wahljahr 2017 jedoch hat einschneidende Umwälzungen in der französischen Parteienlandschaft mit sich gebracht. Der deutliche Wahlsieg Emmanuel Macrons ließ den Stimmenanteil der etablierten Parteien deutlich schrumpfen, d.h. das etablierte Parteiensystem Frankreichs ist in Auflösung begriffen. Macron hat die parteipolitische „Systemlogik“ der V. Republik durchbrochen (vgl. auch den Beitrag von Dominik Grillmayer in diesem Band). Die Veränderung der Parteienlandschaft erklärt sich u. a. zum einen durch eine neue Konfliktlinie in der gesellschaftspolitischen Debatte (Öffnung versus Abschottung und Re-Nationalisierung), zum anderen durch sich seit geraumer Zeit abzeichnende Entwicklungen in Frankreichs Parteiensystem. *Christine Pütz* nimmt in ihrem Beitrag drei Phänomene in den Blick: Sie skizziert das zersplitterte Parteiensystem und erörtert die Um- und Neustrukturierung entlang der neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie Abschottung versus Öffnung. Abschließend beschreibt sie die auf Macron bezogene Sammlungsbewegung *En Marche* als Ausdruck einer Systemkrise.

Um die Aufbruchsstimmung in Frankreich verstehen zu können, ist ein Rückblick auf die Wahlen des Jahres 2017 notwendig. Das Wahljahr 2017 hat in Frankreich zu einer

Reihe von Überraschungen geführt. Wer hätte Anfang des Jahres 2017 gedacht, dass Emmanuel Macron als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervorgeht? Und wer traute anschließend seiner Bewegung En Marche, die mittlerweile unter dem Namen La République en Marche firmiert, eine absolute Mehrheit in der ersten Parlamentskammer, der Assemblée nationale, zu? Am Ende des Wahlmarathons in vier Runden (die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zusammengenommen) fand sich Macron in einer komfortablen Situation wieder, die es ihm ermöglicht, durchzuregieren und seine im Wahlkampf angekündigte Reformagenda Schritt für Schritt umzusetzen. *Dominik Grillmayer* skizziert in seiner Wahlanalyse zunächst die Ausgangslage im Vorfeld der Wahlen und konzentriert sich sodann auf diejenigen Faktoren, die für den Wahlsieg von Emmanuel Macron ausschlaggebend waren. Bereits die Bilanzierung des ersten Jahres im Amt zeigt, dass angesichts der gesellschaftlichen Spaltung und Frankreichs verkrusteter Strukturen versöhnende Impulse und einschneidende Reformen notwendig und auch machbar sind.

Frankreich ist in den Jahren 2015 und 2016 drei Mal in den Fokus der Weltöffentlichkeit gerückt. Die Terroranschläge im Januar und November 2015 sowie am französischen Nationalfeiertag am 14. Juli 2016 haben weltweit Entsetzen und Solidaritätsbekundungen hervorgerufen. Das Land kommt seitdem nicht zur Ruhe. Die Terroranschläge und das terroristische Bedrohungspotential stellen den inneren Zusammenhalt Frankreichs auf eine schwere Probe. Die Verunsicherung kommt nicht von ungefähr: waren die Urheber der Anschläge doch größtenteils in Frankreich geborene Jugendliche, die zur zweiten Generation der Einwanderer gehören (vgl. Roy 2017). Das Bild der muslimischen Bevölkerung wird seit den Attentaten dominiert von fanatischen Minderheiten (vgl. Liehr 2016: 86 f.). Frankreich hat sich zwar früh als Einwanderungsland definiert, aber keine effiziente Integ-

rationspolitik betrieben. Frankreichs Verhältnis zum Islam ist bis heute diffizil. Die französische Islamdebatte wird u. a. durch Frankreichs Kolonialgeschichte und das Laizismus-Gebot erschwert. Sechs Thesen von *Nino Galetti* und *Nele Katharina Wissmann* führen durch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der französischen und deutschen Islamdebatte und benennen zugleich integrationspolitische Handlungsoptionen. Die Thesen zeigen aber auch jene Bereiche auf, in denen Frankreich gesellschaftspolitische Anstrengungen unternehmen muss, um eine effiziente Integrationspolitik gestalten zu können. Die Islamdebatte lässt keine Schwarz-Weiß-Malerei zu. Sie kann nur dann erfolgreich ablaufen, wenn man sich – so das Fazit – der Heterogenität der Einstellungen der Muslime in Frankreich bewusst ist und dieser Diversität gerecht wird.

Der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene moderne Sozialstaat trug nicht nur zur Erneuerung der französischen Gesellschaft bei. Vielmehr nimmt er in der Politik eine herausragende Rolle ein, ist er doch ein Teil der Identität Frankreichs (vgl. Uterwedde 2017: 128 f.). Aufgrund seines ausgesprochen hohen Leistungsniveaus ist Frankreichs sozialer Wohlfahrtsstaat eine nationale Errungenschaft. Angesichts ökonomischer, finanzieller und demografischer Herausforderungen kann sich Frankreich diese hohe soziale Absicherung allerdings nicht mehr leisten. Ein schwaches Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit und ein gespaltener Arbeitsmarkt gefährden die finanzielle Tragfähigkeit der Sozialsysteme. Der Umbau des Sozial- und Wohlfahrtsstaates steht auf der politischen Tagesordnung seit Jahrzehnten ganz oben. *Benjamin Schreiber* skizziert die Grundzüge des französischen Sozialmodells und erörtert vier zentrale Herausforderungen, die trotz Reformanstrengungen immer noch existent sind und den Problemdruck erhöhen. Zu diesen Herausforderungen zählen die wachsenden Finanzierungsprobleme des Sozialsystems, dessen Effizienz, die Legitimität, Transparenz

sowie Akzeptanz des Systems und schließlich die Frage der Absicherung neuer sozialer Risiken, mit denen die französische Gesellschaft konfrontiert ist.

Der „Kapitalismus à la française“ (Henrik Uterwedde) ist ein spezifischer wirtschaftlicher Weg. Für Frankreichs ökonomischen Aufhol- und Modernisierungsprozess nach 1944 ist vor allem die staatliche Lenkung und Steuerung verantwortlich (vgl. Kimmel/Uterwedde 2005: 12). Das in den letzten Jahren ernüchternd gezeichnete Bild von Frankreichs Wirtschaft darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die französische Wirtschaft in längerfristiger Betrachtung eine durchaus dynamische Entwicklung samt einem tiefgreifenden Strukturwandel durchlaufen hat (vgl. Uterwedde 2017: 101). Nichtsdestotrotz hat Frankreichs Wirtschaft in den vergangenen Jahren eher durch Negativschlagzeilen auf sich aufmerksam gemacht. Von Reformunfähigkeit über mangelnde Wettbewerbsfähigkeit bis hin zu einem Überkommenen, nicht mehr an die aktuellen Rahmenbedingungen angepassten Sozialmodell reichen die Vorwürfe. Gleichzeitig wurden bereits unter François Hollande erste Reformen angestoßen, die das Angebotsproblem des Landes in Angriff nahmen, und viele konjunkturelle Indikatoren zeigen eine Verbesserung auf. Um die Stärken, aber auch Schwächen von Deutschlands wichtigstem Wirtschaftspartner verstehen und einordnen zu können, muss man diese in den französischen Entwicklungskontext der vergangenen Jahrzehnte sowie in die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen einbetten. In einem ersten Schritt gibt *Eileen Keller* einen kurzen Überblick über wichtige makroökonomische Kennzahlen der französischen Volkswirtschaft. Anschließend wird diese analytisch im Rahmen von Typologien unterschiedlicher Wirtschaftsordnungen verortet. Davon ausgehend werden in einem dritten Schritt wichtige Implikationen für das derzeitige Funktionieren und die Entwicklung der französischen Wirtschaft erörtert.

Auf (europa-)politischer Ebene ist kein Staatenpaar trotz gelegentlicher Differenzen so eng miteinander verbunden. Frankreich und Deutschland – es gibt in der Europäischen Union (EU) keine zwei Mitgliedstaaten, die für den europäischen Integrationsprozess derart gewichtig waren und es weiterhin sein werden. Das Besondere dieser Beziehung erklärt sich durch die Aussöhnung zweier lang verfeindeter Länder nach 1945. Ein wesentliches institutionelles Fundament der deutsch-französischen Partnerschaft ist der Élysée-Vertrag von 1963, der einen qualitativen Sprung in der Annäherung beider Staaten darstellt und die nach dem Zweiten Weltkrieg begonnene Aussöhnung „krönte“. *Jonas Metzger* und *Thomas Freisinger* skizzieren die Etappen der Annäherung und die wechselvollen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Mit den Kontroversen vergangener Jahre – vor allem im Bereich der europäischen Integrations-, der Wirtschafts- und Währungspolitik – wussten beide Länder in der Regel produktiv umzugehen. Tragfähige Kompromisse führten zu richtungsweisenden Impulsen und Entscheidungen in der EU. Und dennoch ist das Gleichgewicht der deutsch-französischen Beziehungen in beiden Ländern ein sensibles Thema. Gelegentliche Verstimmungen belasten die erfolgreiche Kooperation. Daher stellt sich die spannende Frage, ob es Emmanuel Macron und Angela Merkel gelingen wird, das deutsch-französische Tandem wieder in Schwung zu bringen.

*Lisa Möller* nimmt in ihrem Beitrag die zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in den Blick, die sich nach 1945 zu einer Erfolgsgeschichte entwickelten. Eingangswort wird zunächst der sozialwissenschaftliche Terminus „Zivilgesellschaft“ erläutert. Daran schließt sich ein historischer Abriss der zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern an. Der historische Überblick zeigt, dass politische Annäherungen stets Hand in Hand mit zivilgesellschaftlichen Annäherungen gingen. Jen-

seits der Politik gibt es inzwischen eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Netzwerken zwischen beiden Ländern. Dies wird exemplarisch mit den vielfältigen Aktivitäten deutsch-französischer Kooperationen (z.B. Städtepartnerschaften, Deutsch-Französische Gesellschaften, Deutsch-Französisches Jugendwerk) belegt. Nach dieser Bestandsaufnahme werden vier aktuelle Problemfelder skizziert, mit denen sich die zivilgesellschaftlichen Netzwerke derzeit konfrontiert sehen.

Frankreich spielte von Beginn an eine entscheidende Rolle im europäischen Einigungsprozess. Wenngleich die Rolle des Landes in der EU ambivalent ist: Dem Bestreben, eine handlungsfähige Gemeinschaft auf den Politikfeldern der Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Währungspolitik schaffen zu wollen, steht die Zurückhaltung gegenüber, Kompetenzen auf die supranationale Ebene zu übertragen (vgl. Uterwedde 2017: 179 f.; Müller-Brandeck-Bocquet 2005: 384 ff.). Als Mitglied der Europäischen Union (EU) ist Frankreich in ein dichtes Netz von Kooperationen eingebunden. Dies schränkt zwar seine nationale Handlungsfähigkeit und Entscheidungsfreiheit ein, schafft aber auch neue politische Möglichkeiten. Die enge Kooperation der Mitgliedstaaten und das Mehrebenensystem der EU haben dazu geführt, dass die Mitgliedsländer der EU ihre nationalen Politiken einander angleichen und damit politisch enger zusammenrücken mussten. Dieses Phänomen wird gemeinhin als Europäisierungsprozess bezeichnet. Trotz langer und tiefgreifender Kooperation bestehen jedoch grundsätzliche Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich. Diese unterschiedlichen Vorstellungen beziehen sich unter anderem auf die Frage der Finalität Europas, die Legitimität der angewandten Verfahren, die Szenarien bezüglich der weiteren Entwicklung der EU oder die Rolle der Akteure, die Frankreichs Europapolitik mitbestimmen. *Clémentine Roth* erörtert zunächst die politischen Parameter und zentralen Leitbilder

der französischen Europapolitik. Danach wird Frankreichs Rolle in der EU umrissen. Abschließend widmet sich die Autorin denjenigen Institutionen und Akteuren, die die französische Europapolitik wesentlich definieren, koordinieren und vertreten.

Frankreich beansprucht einen besonderen „Rang“ im internationalen Bereich. Wichtig für die Weltgeltung ist u. a. der ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat. Frankreich fühlt sich nachgerade verpflichtet, in Fragen der internationalen Politik eindeutig Position zu beziehen. So spiegeln die verfassungsgemäßen außen- und sicherheitspolitischen Vollmachten des französischen Staatspräsidenten Frankreichs Anspruch auf eine herausgehobene Rolle in der internationalen Politik wider. In der Tradition seiner Vorgänger berief sich Emmanuel Macron im August 2017 folgerichtig auf den Anspruch, Frankreich müsse auch weiterhin außen- und sicherheitspolitisch eine unabhängige, mit besonderem Sendungsbewusstsein ausgestattete Großmacht sein. Diese Leitmotive und die daraus abgeleiteten Instrumente der Sicherheits- und Außenpolitik setzen Frankreich in deutliche Konkurrenz zum weltpolitischen Führungsanspruch der USA. Der Aufbau einer eigenen Nuklearstreitmacht, Frankreichs zeitweiliger Rückzug aus der NATO und die eigenständige Politik in Afrika festigten die französische Sonderrolle im Rahmen der internationalen Beziehungen. Angesichts geringer werdender Haushaltsmittel und schwindender Einflusssphären (z. B. in Afrika) hat sich inzwischen allerdings eine eher nüchterne Sichtweise durchgesetzt. Trotz militärischem Engagement gegen den internationalen Terrorismus muss Frankreich – so *Ronja Kempin* – eine angemessene Balance zwischen seinen außen- und sicherheitspolitischen Ansprüchen und seinem realen Handlungsvermögen finden.

Trotz der Dezentralisierung in den 1980er Jahren haben „elsässische Identitätsfragen“ (Günter Liehr) durchaus ihre Berechtigung. Regionen sind keine ausschließlich geographi-



schen Gegebenheiten. Sie sind immer auch ein Geflecht von Menschen, die ein gemeinsames regionales Bewusstsein verbindet. *Jo Berlien* ist ein Grenzgänger, der zwischen Straßburg und Deutschland pendelt. Tagtäglich wird er mit deutsch-französischen Befindlichkeiten und mit Fragen der elsässischen Identität konfrontiert. Die zwischen Schwarzwald und den Vogesen gelegene Region Elsass hatte es nie leicht mit ihrer Identität – und mit ihren Sprachen sowieso nicht. Mehrmals zwischen Frankreich und Deutschland hin- und hergerissen, wechselten die Elsässer zwischen 1871 und 1945 viermal ihre Nationalität. Der elsässische Künstler Tomi Ungerer bezeichnete seine Heimat einst als „Toilette Europas“. Immer sei sie besetzt! Die Elsässer mussten sich im Wechsel der Zeitläufte mehrmals anderen politischen Kulturen und Sprachen anpassen. Dies erklärt letztlich auch das ambivalente Verhältnis zu Deutschland nach 1945. Viele Elsässer sehen sich immer noch zuerst als Elsässer und dann (vielleicht) als Franzosen. *Jo Berlien* reiht Alltagsszenen, Beobachtungen, Fakten und Gesprächsauszüge zu einem Kaleidoskop aneinander. Ein Kaleidoskop freilich, das mit Klischees spielt, vermeintliche Gewissheiten ins Wanken bringt, gängige Vorurteile erschüttert, Elsässern, Deutschen und Franzosen den Spiegel vorhält.

Die französische Presse- und Medienlandschaft erlebt seit geraumer Zeit einen gewaltigen Strukturwandel. Der Zeitschriftenmarkt leidet unter dramatischen Einbrüchen. Die Auflagenhöhen der Printmedien gehen zurück, Gratiszeitungen verdrängen seriöse Tageszeitungen, der Qualitätsjournalismus gerät ins Hintertreffen, Werbeeinnahmen und die Kapitaldecke der Pressehäuser sinken kontinuierlich. Printmedien und traditionelle Medienformate werden durch das Internet radikal verändert. Dies betrifft auch die audiovisuellen Medien. All dies hat letztlich Konsequenzen für die Art und Qualität der Berichterstattung. Eine weitere Besonderheit kommt hinzu: Frankreichs Medienmarkt ist hoch konzen-

triert und liegt in der Hand von einigen wenigen finanzstarken Industriekonzernen. *Nicolas Hubé* beschreibt die Umbrüche in der Medienbranche, schildert die daraus resultierenden Konsequenzen und warnt vor dem Verlust redaktioneller Unabhängigkeit, die lange Zeit ein hervorstechendes Merkmal der französischen Presse war.

2017 war Frankreich Gastland der Frankfurter Buchmesse. In Deutschland blieb weitgehend unbemerkt, dass sich seit den 1980er Jahren eine neue Literatur entwickelte. Dies änderte sich erst mit dem Erfolg von Michel Houellebecq, dessen Bücher – zuletzt „Unterwerfung“ – auch in Deutschland zur Kenntnis genommen werden. Der Beitrag von *Wolfgang Asholt* über die zeitgenössische französische Literaturlandschaft setzt mit der Wende der 1980er Jahre ein. Drei Charakteristika prägen fortan die Literatur Frankreichs: Das Subjekt und damit auch die Autorinnen und Autoren selbst rücken in den Mittelpunkt. Die außerliterarische Realität, das Sich-Einlassen auf die Zeitgeschichte, und schließlich das Erzählen und die Geschichte gewinnen (gleichsam im doppelten Sinne) an Gewicht. Anhand von Autorinnen, Autoren und von deren Werken wird zunächst das autobiographisch-autofiktional motivierte literarische Schaffen skizziert, gefolgt von der „Wiederentdeckung“ der Zeitgeschichte und der Aufarbeitung einer schwierigen und oft auch schmerzhaften Vergangenheit mit erzählerischen Mitteln. Indem Erster und Zweiter Weltkrieg, die Shoah, Frankreichs Kolonialzeit und der Algerienkrieg zu Referenzpunkten werden, wird die Literatur zu einem Teil der französischen Erinnerungskultur. Ein weiterer Schwerpunkt ist der literarischen Auseinandersetzung mit der sozialen, politischen und kulturellen Realität gewidmet. Der „Zustand der Welt“ und die Reflexion der Gegenwart spiegeln sich in neueren französischen Werken wider. Ohne diese literarischen Bilder – so das Fazit von *Wolfgang Asholt* – sind Frankreichs Politik, Gesellschaft und Kultur kaum angemessen zu verstehen.

Alle Autorinnen und Autoren wollen mit ihren Beiträgen detaillierte Informationen vermitteln und Fakten bereitstellen, die für das Verständnis der jüngsten Entwicklungen und aktuellen Herausforderungen in Frankreich wichtig sind. Ohne die zuverlässige Mitarbeit aller Autorinnen und Autoren wäre dieses Buch nicht zustande gekommen. Ihnen allen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.


Ludwigsburg/Stuttgart, Juni 2018

## Literatur

- Demesmay, Claire (2016): Ein Präsident im Regen. François Hollandes Amtszeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 48/2016, S. 13–18.
- Furtak, Florian T. (2018): *Demokratische Regierungssysteme. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Grillmayer, Dominik/Keller, Eileen/Seidendorf, Stefan (2018): Ein Jahr Macron. Reformen, Regierungsstil, Herausforderungen. *Aktuelle Frankreich-Analysen*, Nr. 32, Mai 2018. Herausgeber: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg. URL: <https://www.dfi.de/pdf-Dateien/Veroeffentlichungen/afa/afa32.pdf> [01.06.2018].
- Grillmayer, Dominik (2016): Vorwahlkampf in Frankreich. *Aktuelle Frankreich-Analysen*, Nr. 31, November 2016. Herausgeber: Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg. URL: <https://www.dfi.de/pdf-Dateien/Veroeffentlichungen/afa/afa31.pdf> [01.06.2018].
- Guérot, Ulrike (2018): Wer wird für die europäische Demokratie streiten? Ein Essay zur Zukunft unseres Zusammenlebens. In: *Journal für politische Bildung*, 1/2018, S. 38–44.
- Guérot, Ulrike (2017): Die große Unruhe. In: *Kulturaustausch. Zeitschrift für internationale Perspektiven*, 4/2017, S. 16–18.
- Hinrichs, Ernst (Hg.) (2005): *Kleine Geschichte Frankreichs*. Bonn.
- Kufer, Astrid/Giunaudeau, Isabelle/Premat, Christophe (Hg.) (2009): *Handwörterbuch der deutsch-französischen Beziehungen*. Baden-Baden.
- Liehr, Günter (2016): *Frankreich. Ein Länderporträt*. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Berlin.
- Martens, Stefan (2005a): Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Vichy-Regimes (1914–1944). In: Hinrichs, Ernst (Hg.): *Kleine Geschichte Frankreichs*. Bonn, S. 361–416.
- Martens, Stefan (2005b): Frankreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In: Hinrichs, Ernst (Hg.) (2005): *Kleine Geschichte Frankreichs*. Bonn, S. 417–473.

- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (2005): Frankreich in der Europäischen Union. In: Kimmel, Adolf/Uterwedde, Henrik (Hg.) (2005): Länderbericht Frankreich. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. 2. Auflage, Bonn, S. 384–401.
- Peugny, Camille (2016): Opfert Frankreich seine Jugend? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 48/2016, S. 19–23.
- Pfeil, Ulrich (2016): Zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 48/2016, S. 34–38.
- Roy, Oliver (2017): Vaternörder. In: Kulturaustausch. Zeitschrift für internationale Perspektiven, 4/2017, S. 32–33.
- Schulze, Hagen (1994): Staat und Nation in der europäischen Geschichte. München.
- Uterwedde, Henrik (2017): Frankreich – eine Länderkunde. Opladen, Berlin, Toronto.
- Uterwedde, Henrik (2016): Wohin steuert Frankreich? In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), Heft 2/2016, S. 171–176.
- Wiegel, Michaela (2016): Was ist los mit Frankreich? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 48/2016, S. 9–12.



The top of the page features a black and white photograph of a brick wall. Cast against the wall are the dark shadows of several flags on poles, including the French tricolor and other national or regional flags. The shadows are cast from the right, creating a sense of depth and texture against the rough surface of the bricks.

# Im Krisenmodus

von Matthias Lemke

## Eine andere Geschichte der V. Republik

Die V. Republik steht vor spannenden Zeiten ...

Die Verfassung der V. Französischen Republik wurde am 4.10.1958 von René Coty (1882–1962), dem amtierenden Präsidenten der IV. Republik, offiziell verkündet. Demnach feiert sie in diesem Jahr einen runden, ihren 60. Geburtstag. Doch sind sich viele Beobachter unsicher, ob sie ihn erleben wird. Im Rahmen der Präsidentschafts- und Parlamentswahlkämpfe im Jahr 2017 waren häufig Abgesänge auf ein überfordertes Institutionengefüge zu vernehmen. Die V. Republik sei erledigt, hieß es, die VI. Republik stehe vor der Tür. Nun scheint nach dem Sieg Emmanuel Macrons (\*1977) bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2017 und dem seiner Bewegung *La République en Marche* bei der Parlamentswahl im Juni 2017 die große Herausforderung durch den Rechts- wie